

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 9

Gründung Sonntag.
Demographisch vierteljährlich 1,50 Mfr. Nur Deutsche.
Zerlegung bei allen Postämtern.

Berlin, den 21. Februar 1932

Verlagsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV
Fernruf: Berlin 82, Ruppertgraben 1120.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Sechs Millionen Menschen fordern Arbeit!

Der Ausschuß des ADGB. zur Arbeitsbeschaffung.

Die in den letzten 1½ Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewaltsame Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte

eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft

und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz der Produkte ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 Proz.; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 Proz. Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach den feierlichen Versprechungen des Reichskanzlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlußstrich unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtliche Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich

wirksame Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft

zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Insbesondere ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (40-Stunden-Woche) trotz der ihr durch Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Leberarbeit und die ernsthafteste Bekämpfung des Doppelverdienertums erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften anerkennen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Weltwirtschaftskrise durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung.

Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes.

Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen. Den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnungen muß endlich eine positive Politik der Wirtschaftsförderung folgen.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei ernster Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab.

Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inlande und im Auslande wieder herstellen.

Arbeitsbeschaffung!

Von Fritz Larnow, M. d. R.

Wenn die Abrüstungsdebatten, die jetzt in Genf begonnen haben, sehr schnell zu einem brauchbaren Erfolge führen würden, und wenn auch die Reparations- und Kriegsschuldenfragen bereinigt wären, und wenn dann in einer neuen Atmosphäre des weltpolitischen Vertrauens die vereinten Kapitalmärkte auftauen und schließlich auch die internationalen Handelsbeziehungen wieder im Geiste der Zusammenarbeit hergestellt würden — wenn das alles demnächst hintereinander abrollen würde, dürfte man hoffen, daß auch in unserer Wirtschaft der Umschwung nicht ausbliebe.

Es sind jedoch zu viele Weins dabei, und ihre Erfüllung ist in absehbarer Zeit gar zu unwahrscheinlich, als daß man sich länger damit begnügen könnte, ausschließlich auf diese Lösung zu starren. Der Einschrumpfungszug geht immer noch weiter. Das gewaltsame Köpfen der Masseneinkommen durch die sinnlose Deflationspolitik konnte, wie vorauszusehen, gar kein anderes Ergebnis haben. Dazu kommt nun auch noch die Abdrosselung unseres Exports durch handelspolitische Kriegsmassnahmen überall in der Welt, wodurch bei uns ein neuer Zugang an Arbeitslosen unvermeidlich eintreten muß.

So ernst diese Aussichten sind, so liegt doch noch lange kein Grund vor, sich einer Weltuntergangsstimmung hinzugeben. Nur ist es allerdings höchste Zeit für die Erkenntnis, daß es mit dem bloßen Abwarten jetzt vorbei sein und daß unverzüglich eine zielbewußte aktive Konjunkturpolitik in Angriff genommen werden muß. Wir können selbstverständlich von Deutschland aus die Weltkrise nicht überwinden, auch ihren Auswirkungen können wir uns nicht entziehen. Wir könnten aber trotz Weltkrise ein weit größeres Wirtschaftsvolumen haben, wenn durch eine vernünftige Organisation wenigstens diejenigen Produktionsfaktoren zusammengebracht würden, über die wir selbständig in der Volkswirtschaft verfügen.

Konjunkturpolitik heißt Arbeit beschaffen. Nicht Notstandsarbeiten und Arbeitsdienst, sondern produktive Arbeit. Weil aus der Privatwirtschaft heraus die erforderlichen Arbeitsaufträge nicht anfallen, müssen sie von öffentlichen Stellen systematisch aufgesucht und weitergeleitet werden. Wenn die Privatwirtschaft keine Arbeit findet, heißt das ja nicht, daß keine da wäre. Nichts wäre leichter, als die Verbrauchsgüterindustrie in Bewegung zu setzen, wenn es nur auf einen vorhandenen Bedarf ankäme. Nach den Regeln unseres Wirtschaftssystems — aus dem wir von heute auf morgen nicht herauspringen können — muß aber erst einmal die Kaufkraft vergrößert wer-

den, bevor wieder mehr Konsumgüter produziert werden können. Und deswegen muß es mit der Mehrbeschäftigung von Arbeitern den Anfang nehmen.

Nun wäre es nach der vorhandenen Sachlage ein halber Wahnsinn, den ohnedies weit überlegten Produktionsapparat noch mehr zu vergrößern. Tatsächlich rührt der Mangel an Unternehmungslust, der so oft kritisiert wird, auch mit daher, daß es an geeigneten Objekten dafür zu fehlen scheint. Trotz aller Kapitalnot, trotz Kapitalflucht haben sich heute schon wieder bei den Banken liquide Geldreserven angesammelt, die unntütig dort liegen, weil es an geeigneter Nachfrage fehlt. Auch die Reichsbank könnte nach ihren letzten Ausweisen den normalen Handelskredit noch wesentlich ausweiten, und es ist ein offenes Geheimnis, daß sie heute nicht soviel Kreditnehmer bekommen kann, wie sie Kredite vergeben möchte. Vielleicht kann auch ein Teil der Auslandskredite, die in Deutschland frei werden, aber auf Grund des erneuerten Stillhalteabkommens in das Ausland nicht abgeführt werden können, für Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland verwertet werden.

Daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht ausgenutzt werden, liegt allerdings zu einem Teil auch daran, daß sie nur kurz- oder höchstens mittelfristig zu haben sind, während für Investitionen langfristige gebraucht werden. Eine Reform des Kreditwesens könnte diese Schwierigkeiten sicherlich wesentlich mildern. Zum mindesten für die Ausschöpfung der erreichbaren Kredite fehlt es nicht an Betätigungsmöglichkeiten, die auch den privatwirtschaftlichen Ansprüchen an Rentabilität und Sicherheit genügen. Bei der allgemeinen Geschäftsunlust bedarf es aber eines organisierten Druckes, um die Initiative auszulösen. Bei der Reichsbahn liegen bereits umfangreiche Projekte für Elektrifizierungen und für Verstärkung des Oberbaues und der Brücken zwecks Indienststellung von Großraumgüterwagen vor. Auch die Reichspost hat Aufrträge, namentlich auf dem Schwachstromgebiete, vorbereitet. Es kommt nicht darauf an, ob diese Arbeiten im Augenblick dringend sind. Auf längere Sicht sind sie notwendig und auch rentabel, und niemals kann es wichtiger sein, sie für Arbeitsbeschaffungszwecke heranzuziehen, als im Augenblick.

Geradezu trostlos sieht es in der Bauwirtschaft aus, obwohl mindestens an Kleinwohnungen ein großer Mangel ist. Die Bernacklaffung von Reparaturarbeiten, deren Durchführung vielen Arbeitern Beschäftigung geben würde, kostet viel mehr, als durch die Unterlassung der Arbeiten erspart wird. Es liegen verschiedene Vorschläge für die Finanzierung solcher Arbeitsmöglichkeiten vor, und es muß dringend gefordert werden, daß hier etwas Durchgreifendes bald geschieht.

Alle diese Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiete der Erwerbs- und Verkehrswirtschaft und im Rahmen des üblichen Kreditverkehrs bedeuten jedoch noch nicht sehr viel, gemessen an den 6 Millionen, die nach Arbeit schreien. Sie müssen ergänzt werden durch die schleunige Inangriffnahme solcher Arbeiten, die nur volkswirtschaftlich, aber nicht betriebswirtschaftlich rentabel sind, und für die deshalb die Initiative nur von der öffentlichen Hand ausgehen kann. Dazu gehören vornehmlich die Verbesserung und der Bau von Straßen und Verkehrsbrücken. In früheren Zeiten war es hauptsächlich der Bau von Eisenbahnen, der Konjunkturen anfaßte. Die moderne Verkehrstechnik

weist der Strafe die Bedeutung zu, die früher den Schienen zukam, so daß sich ganz von selbst für eine aktive Konjunkturpolitik der Blick auf diesen Punkt lenken muß.

Jahr für Jahr werden ungezählte Millionen Werte durch Hochwasser vernichtet. Reich und Länder müssen hierfür als Entschädigung große Summen vergüten. Die Errichtung von Talsperren und Staudämmen wäre sicher für die Volkswirtschaft ein hochrentables Geschäft und für den Augenblick ein ausgezeichnetes Mittel der Arbeitsbeschaffung.

Das eigentliche Problem der öffentlichen Arbeiten ist natürlich das der Finanzierung. Ist die öffentliche Hand nicht heute schon in einer so verzweifelten Finanzlage, daß selbst die normalen Aufträge nicht vergeben werden können? Das ist sicher richtig. Dabei ist es keineswegs so, daß etwa die öffentliche Hand stark überschuldet wäre. Die öffentlichen Schulden sind im Gegenteil — eine Folge der Abwertung durch die Inflation — heute noch geringer als in der Vorkriegszeit. Nur die Unmöglichkeit, irgendwo in der Welt, selbst bei ausreichender Sicherung durch vorhandene Sachwerte, langfristige Kredite zu bekommen, macht das Finanzierungsproblem so schwierig.

Schwierig heißt aber nicht unlösbar. Wenn nicht anders, wird man durch ganz neue Wege der Kreditpolitik zur Mobilisierung der sachlichen Produktionsfaktoren kommen müssen. Vorschläge auch dafür werden zur Zeit in den beteiligten Kreisen diskutiert, und irgendwie muß ein Weg gefunden werden, der aus dem höllischen Kreise der Wechselwirkung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsschrumpfung herausführt.

Entscheidend ist die Erkenntnis, daß wir nicht länger auf den automatischen Umschwung der Konjunktur warten können, daß die ökonomischen Grundlagen der Existenz nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen Volkes gefährlich bedroht sind, wenn nicht durch eine aktive Konjunkturpolitik mit dem Mittel der Arbeitsbeschaffung in den eingerosteten Wirtschaftsansatzapparat eingegriffen wird.

Zu Unrecht erhobene Gesellenprüfungsgebühr?

Die Berliner Buchbinderinnung hat die Gesellenprüfungsgebühr von 12 Mk. seit vielen Jahren zu Unrecht erhoben. Die Höhe dieser Gebühren bestimmt für Berlin der Oberpräsident der Mark Brandenburg für sämtliche Innungen (außer für die Buchdruckerinnung, bei der 18 Mk. Gebühr zu zahlen ist), und zwar waren 10 Mk. seit Jahren festgesetzt. Jetzt ist diese Gebühr infolge der Notverordnung auf 9 Mk. festgesetzt und dies in der Handelskammer-Zeitung bekanntgegeben. Die Berliner Buchbinderinnung hat nun für die Ostern 1932 stattfindenden Gesellenprüfungen die zu Unrecht und willkürlich festgesetzte Gebühr von 12 Mk. auf 10 Mk. herabgesetzt und in dieser Höhe auch von den Prüflingen eingefordert. Jetzt stellt sich heraus, daß — nach Angabe der Handwerkskammer Berlin — die Buchbinderinnung früher nur 10 Mk. verlangen durfte, jetzt nur 9 Mk.

Diejenigen früheren Lehrlinge, die 12 Mk. bezahlt haben, können jetzt die widerrechtlich zuviel gezahlten 2 Mk. zurückverlangen. Das Wertwürdigste dabei ist, daß ein früherer Obermeister, der vor einigen Monaten sein Amt niederlegte, selbst im Vorstand der Handwerkskammer Berlin gefessen hat!

Der reformbedürftige LebenshaltungsindeX.

Als Anfang des Jahres 1920 der ReichsindeX für Lebenshaltungskosten der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, geschah dies zu dem ausgesprochenen Zweck, einen Maßstab für die Bemessung der Löhne damit zu schaffen. Aber nur zu bald zeigten sich die großen Mängel desselben. Ein Vergleich mit den Calwersehen Indezzahlen, die dieser in unveränderter Weise seit der Vorkriegszeit durchführte, zeigte eine unüberbrückbare Kluft. Weil die Mängel der amtlichen ReichsindeXziffer gar zu offensichtlich waren und selbst sonst ziemlich struppellose Unternehmerorganisationen sich genierten, den ReichsindeX als Maßstab für die Löhne anzuwenden, gingen namhafte Volkswirtschaftler wie Dr. Kuczynski, Dr. Essaf usw. dazu über, einen eigenen Indez für die Lebenshaltungskosten aufzustellen und zu errechnen. An eine ernsthafte Reform des ReichsindeX für Lebenshaltung war jedoch während der Inflationszeit nicht zu denken. Aber bald nach der Stabilisierung der Mark drängten die Gewerkschaften immer mehr darauf, den ReichsindeX zeitgemäß umzugestalten. Nach einigen entscheidenden Sitzungen des sozialpolitischen Ausschusses des ADGB. mußte das Statistische Reichsamts doch nachgeben. So erschien dann Anfang des Jahres 1925 der noch in heutiger Gestalt bestehende neue ReichsindeX. Wie mangelhaft der Indez war, geht daraus hervor, daß dieser nach der alten Grundlage im Januar 1925 mit 124, nach der Reform jedoch auf 134,4 errechnet wurde. Aber auch mit diesem neuen ReichsindeX wurde trotz der scharfen Widerstände der Gewerkschaftsvertreter der bisher betriebene offensichtliche Volksbetrug auch weiter fortgeführt; denn man weigerte sich, die Steuern und sozialen Beiträge in den ReichsindeX mit aufzunehmen. Aber gerade diese bedeuten für die arbeitende Bevölkerung eine ungeheure Mehrbelastung gegenüber der Vorkriegszeit. Der Reichsfinanzminister hatte jedoch kategorisch erklärt, daß ein ReichsindeX der Lebenshaltungskosten, welcher die Steuern und sozialen Beiträge enthält, für ihn unannehmbar sei und nicht anerkannt werden würde. Daher kommt es, daß wir die ganzen Jahre über auch mit dem neuen LebenshaltungsindeX bewußt getäuscht und von den amtlichen Stellen irreführt worden sind. Diese beabsichtigte Täuschung war allgemein bekannt. Dementsprechend wurde auch der neue ReichsindeX gewürdigt. Während der ganzen Jahre haben selbst die Unternehmer bei den vielen Lohnverhandlungen niemals ernstlich eine Parallele zwischen dem amtlichen ReichsindeX und den Löhnen gezogen. Beschah es einmal, dann war es mehr scherzhaft oder ironisch gemeint. Infolge dieser großen Mängel führte denn auch der neue ReichsindeX fünf Jahre lang ein Schattendasein, bis eines schönen Tages der Generalagent der Reparationskommission in seinem Bericht über die Auswirkungen des Dawes-Planes auf den guten Ernährungszustand der deutschen Arbeiterschaft hinwies, zu welchem Ergebnis er bei einem Vergleich der Löhne mit den amtlichen LebenshaltungsindeXziffern gekommen war. Zu diesem Fehlschluß kam die Generalagent nur durch die schiefte Darstellung des Statistischen Reichsamtes über die Steigerung der Lebenshaltungskosten. Für die Unternehmerpresse war diese Behauptung des Generalagenten jedoch ein willkommenes Anlaß, ihr schon so oft vorgebrachtes Lamento über die hohen Löhne von neuem zu erheben, und ihr Erfolg war dank der politischen Entwicklung selber größer, als sie es wohl selbst erwartet hatten.

Jene unverdiente Anerkennung des Reichsindex durch den Generalagenten ist aber manchem so in den Kopf gestiegen, daß man sich seit langen Monaten ungeniert erdreistet, jetzt überall den Reichsindex mit den Löhnen in eine Parallele zu stellen. Hiergegen müssen wir als Gewerkschaften entschieden Verwahrung einlegen. Lange genug hat die Arbeiterschaft diesem Volksbetrug stillschweigend zugehört. Jetzt aber, wo man sie täglich mit diesem unwahrhaftigen Lebenshaltungsindex düpiert, will, muß sie mit aller Energie auf eine als baldige Reform dieses Index dringen. Die Notwendigkeit einer Reform hat das Statistische Reichsamt auch selbst längst eingesehen und empfunden. Seit fast zwei Jahren beschäftigt es sich bereits mit den Vorarbeiten hierzu. Man müßte wirklich erwarten, daß diese Zeit genügt hätte, um längst einen neuen Entwurf der Indexkommission zu unterbreiten.

Das Statistische Reichsamt hat nicht nur die Ernährungsquote um 25 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit herabgedrückt, Steuern und soziale Abgaben ganz unberücksichtigt gelassen, sondern beeinflusst den Reichsindex nicht unwesentlich durch seine Richtlinien für die Erhebung und Berechnung. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn es seinerzeit stillschweigend Anweisung gab, an Stelle fehlenden Specks Margarine einzusetzen, anstatt Fleisch Fische einstellte, die doch erheblich billiger sind, beim Bekleidungsindex die langen Damenkleider von 1914 bei einem Vergleich mit den jetzigen kurzen Röcken ganz unberücksichtigt ließ usw. usw.

Der Reichsanzler Brüning hat in seinem bekannten Schreiben an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, den Genossen Wels, ausdrücklich betont, daß die Herabsetzung der Löhne durch die letzte Notverordnung den Reallohn der Arbeiterschaft nicht schmälern soll, also seine Kaufkraft in gleicher Höhe erhalten soll. Wir alle fühlen, sehen und wissen, daß die Preise bzw. die Lebenshaltungskosten nicht in dem gleichen Maße zurückgegangen sind wie die Löhne. Sehen wir aber stillschweigend weiter zu, so wird uns in einigen Monaten durch das Statistische Reichsamt bzw. den Lebenshaltungsindex nachgewiesen, daß die Lebenshaltungskosten stärker als die Löhne gesunken sind, die Zeit also reif für eine neue Lohnabbauwelle sei. Hin und wieder wird ja tatsächlich dafür schon jetzt in Unternehmerrreisen Propaganda gemacht.

Wir müssen also dringend verlangen, daß sich die Indexkommission umgehend und sehr ernstlich mit der notwendigen Reform und Ergänzung des Reichsindex beschäftigt.

Geschieht dies nicht, dann müssen die Gewerkschaften ernstlich erwägen, ob sie nicht selbst an die Herausgabe eines Lebenshaltungsindex denken sollen. Bei der Stärke ihrer Organisation, ihrer Macht und Ausdehnung könnten sie sehr wohl in Gemeinschaft mit den Konsumgenossenschaften an eine solche Aufgabe herangehen.

Lohn und Beitrag.

Zu diesem Thema sind in der „Buchbinder-Zeitung“ Aufsätze erschienen, die die Frage wohl doch zu schematisch vom grünen Tisch aus behandeln. Ein großer Teil der Kollegenschaft in den Betrieben ist jedenfalls anderer Meinung, und es sind durchaus nicht immer Leute, „die am Verband stets etwas auszusetzen haben“. Man kann doch nicht einfach den Spitzenlohn von 1925 mit dem Lohn von heute vergleichen. Hat-

ten wir heute noch den Reallohn, den wir im Oktober 1925 hatten, dann würde wohl kein vernünftiger Kollege bei der heuligen Lage des Arbeitsmarktes einen Abbau der Verbandsbeiträge fordern.

In Leipzig beträgt der Spitzenlohn heute wie im Oktober 1925 89 Pf. Die Abzüge für Steuern, Kranken-, Erwerbslosen- und Invalidenversicherung betragen 1925 4,01 Pf., für Miete (jährlich 305,— Mk. Friedensmiete), Verbandsbeiträge, Zentralfrankentasse, Presse, Partei und Freidenker waren noch 8,40 Mk. abzusetzen. Es bleiben also dem Vollarbeiter von 42,92 noch 30,51 Mk. für die Bestreitung aller weiteren Bedürfnisse. Heute jedoch betragen die Abzüge vom Arbeitslohn 7,46 Mk. und die Ausgaben für Miete usw. sind auf 10,70 Mk. gestiegen. Es bleiben also dem Vollarbeiter für alle anderen Ausgaben heute nur 24,76 Mk., das sind fast 20 Proz. weniger als 1925. In Leipzig gibt es jedoch so gut wie keine Vollarbeiter mehr, die Verfürgung der Arbeitszeit wirkt auf die Lebenshaltung katastrophal. Unsere Mitglieder erhalten heute vielfach weniger Lohn, als die Arbeitslosen an Unterfürgung bekommen. Das Einkommen der Berufstätigen (Arbtdarbeiter eingeschlossen) ist sogar vielfach nicht höher als das der Fürsorgeempfänger. So ist es zu verstehen, daß es den Funktionären im Betrieb nicht mehr möglich ist, von der Kollegenschaft die Beiträge zu erhalten, wenn sie verkürzt arbeitet. Auch die erleichterten Bestimmungen in Absatz 2 und 3 des § 8 unseres Statuts sind heute nicht mehr durchzuführen. Auch der Arbtdarbeiter, der 28,48 Mk. Lohn einschreibt und davon höchstens 14,— bis 15,— Mk. für den unmittelfarhten Lebensunterhalt übrigbehält, kann nicht jede Woche 2,— Mk. zahlen. Das liegt nicht an Wollen, sondern an Können. Jedenfalls hat auch die Leipziger Kollegenschaft immer Opfer gebracht und auch die Solidarität gegenüber den Arbeitslosen hat nichts zu wünschen übriggelassen. Doch die Auswirkungen der letzten Notverordnung sind katastrophal. Die Kaufkraft ist weit unter die des Jahres 1925 gesunken und alle Preisabbaumaßnahmen führen zu keinem Resultat. Der Tiefstand der Krise ist wahrscheinlich auch noch nicht erreicht. Ist es da richtig, den Kopf in den Sand zu stecken? Soll unser Verband nicht ideell und materiell großen Schaden erleiden, dann kann es nicht mehr so weitergehen wie seither. Jedes Mitglied muß sich heute darüber klar sein, daß unsere Unterfürgungen in der derzeitigen Höhe nicht mehr aufrechtzuerhalten sind. Je länger die Vollauszahlungen durchgeführt werden, desto größer müssen dann eines Tages die Abstriche sein. Nach meiner und vieler anderer Mitglieder Ansicht mußten schon längst mäßige Abstriche an den Unterfürgungen vorgenommen werden, um den Kassenbestand zu strecken und auch den später arbeitslos werdenden Mitgliedern eine möglichst hohe Unterfürgung auszahlen zu können. Alle Versuche eines Teiles der von den Mitgliedern gewählten Beiratsmitglieder, den Verbandsvorstand zur Einberufung einer Beiratsitzung zu bewegen, sind an der ablehnenden Haltung des Verbandsvorstandes gescheitert. (Unter den Beiratsmitgliedern hat sich eine Mehrheit für die Einberufung des Beirats nicht gefunden. So ist die Sachlage. Die Red.) Ueber diese Haltung hat der Verbandstag zu entscheiden, der ja nun zum 22. Mai einberufen worden ist. Die Bestimmungen des Statuts, die im § 8 Absatz 2 und 3 niedergelegt sind, eventuell bis zum 1. Juni durchzuführen, führt jedoch zu unhaltbaren Zuständen in den Betrieben. Eine zentrale Regelung der Fragen, die sich aus obigem ergeben, ist leider unmöglich nach der Stellung, die der Verbandsvorstand einnimmt zu den Beschlüssen des Düsseldorf-Verbandstages, den Beirat betreffend. Ich hoffe, daß man es den Zahlstellen überläßt, je nach den Umständen eine

Regelung zu finden, die dem Verband und auch den Mitgliedern gerecht wird. Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Maßnahmen. Ich würde mich freuen, wenn auch noch andere Kollegen aus den Betrieben ihre Meinung in unserer „Buchbinder-Zeitung“ zum Ausdruck bringen würden.

W. Schabacker, Leipzig.

Lehrlingsausbildung in Buchdruckereien.

Nach dem „Korrespondent“ hat die Leipziger Gewerkekammer erneut entschieden, daß die gleichzeitige Ausbildung von Lehrlingen im Buchbinder- und Buchdruckgewerbe weder vom technischen Standpunkt aus zu rechtfertigen, noch auf Grund der bestehenden Lehrlingsvorschriften zulässig sei. In Betrieben, die beide Gewerbe vereinigen, ist die Lehrlingsausbildung dann statthaft, wenn für jeden der Gewerbezweige die Vorschriften über die Anleitungsbesugnis erfüllt und die Lehrverträge ordnungsgemäß abgeschlossen sind. Praktisch würde dies demnach bedeuten, daß man entweder nur Buchbinder oder nur Buchdrucker sein kann, oder man müßte sonst für beide Berufe je drei bis vier Jahre Lehrzeit durchmachen.

Berichte.

Chemnitz. Unsere am 26. Januar stattgefundene Jahreshauptversammlung bot ein düsteres Bild, sie zeigte allen klar die ungeheure wirtschaftliche Not, in der sich unsere Kollegenschaft befindet. Vor Eintritt in die Tagesordnung konnten wir zwei Jubilare ehren. Es sind dies die Kollegen Bauer und Barthold. Kollege Miering gedachte in ehrenden Worten ihrer Mitarbeit und überreichte ihnen im Namen des Verbandsvorstandes die Ehrenurkunde und jedem ein Geschenk der Zahlstelle.

Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Miering. Er streifte all die Verschlechterungen, die uns das Jahr 1931 gebracht hat und stellte dem unsere Forderungen gegenüber, die von den Unternehmern und der Regierung abgehoben worden sind. Trotz Senkung der Löhne im Februar vorigen Jahres um 6 Proz. trat eine Beseitigung des Arbeitsmarktes nicht ein. Das Gegenteil ist zu verzeichnen, von Monat zu Monat stieg die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter. Die neue Notverordnung brachte neue Not. Von unseren 542 Kolleginnen und Kollegen sind 228 arbeitslos. Von den übrigen arbeiten 90 Proz. verkürzt. Unseren Arbeitslosen konnten wir zum Weihnachtstfest eine kleine Freude bereiten. Ein Teil erhielt Lebensmittelpakete vom Drisausschuß, andere einen kleinen Geldbetrag, der durch Extramarkeiten aufgebracht worden war. Die Verwaltungsräte war auch im vergangenen Jahr sehr rege. Der Vorsitzende stellte weiter fest, daß die Betriebsräte in den Kartonnagenbetrieben über ihre Pflichten noch nicht im klaren sind. Die Interessen unserer Mitglieder wurden zum Teil so schlecht vertreten, daß die Organisation eingreifen mußte. Mit Dank für die Mitarbeit der Funktionäre schloß Kollege Miering seinen Bericht. — Den Bericht der Jugendgruppe erstattete Kollege Gaudich. Trotz schwerer Zeit konnte die Gruppe sich rege entfalten.

Der Kassenbericht, vorgetragen vom Kollegen Regler, zeigte dasselbe düstere Bild der Notlage. 15 000 Mk. Zuschuß von der Hauptkasse lagen alles. Dem Kassierer wurde für gewissenhaftes Arbeiten gedankt. Da keine weiteren Vorschläge zur Wahl der Verwaltung eingebracht worden waren, galt der Vorschlag des Vorstandes als angenommen. Mit einem Hinweis auf unseren Verbandstag wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Dresden. Nachdem in den Jahresversammlungen unserer drei Hauptbranchen sowohl über die Tätigkeit am Ort, als auch über die Gesamtlage in unserem Beruf gesprochen worden war, brauchte in der Generalversammlung der Zahlstelle am 26. Januar nur das Wesentlichste vorgebracht zu werden, zumal der Jahresbericht gedruckt vorlag. Nach dem üblichen Gedanken gehen verstorbener Mitglieder wurde die Tagesordnung in rascher Folge abgewickelt. Kollege Schetbe schilderte das immer weitere Zurückgehen unserer Beschäftigungsmöglichkeit in Dresden. In den Kleinbetrieben der Buchbindererei ist fast niemand mehr beschäftigt. Große Betriebe mit gutem, altem Namen

sind verramscht und ausgeplündert worden. Sie können zum Teil nur noch unter gewaltigen Opfern der heute geringen Belegkosten über Wasser gehalten werden. In der Kartonnagenindustrie hat die Tabaksteuer gewaltigen Schaden angerichtet. Die Umstellung auf billige Sorten und die Verpackung brachten im zweiten Halbjahr einigermaßen Beschäftigung. Dennoch sind auch hier große, alte Werke ausgegeben worden, die in früheren Zeiten Tausenden unserer Berufsangehörigen Arbeit gegeben haben. Der Luxuspapierindustrie ist durch die Zollerhöhung das Auslandsgeschäft völlig abgegraben worden, sie steht auf dem Aussterbeort. In der Schneidestiftplatinindustrie war es in der zweiten Jahreshälfte ebenfalls sehr ruhig. Im ganzen Jahre war es das Leitmotiv der Verwaltung, auf allen Gebieten zu sparen. Darum geschah auch für das Bildungswesen nur wenig. Ein kleiner Teil unserer Kollegen und Kolleginnen besuchte die arbeitsrechtlichen Kurse der Volkshochschule. Die Betriebsräte erfüllten ihre Aufgabe den Notzeiten entsprechend. Der Besuch der Gruppenversammlungen ist ein guter. Die Jugendarbeit wurde zum Teil gemeinsam mit den graphischen Hilfsarbeitern geleistet, soweit man bei der geringen Beteiligung noch von Arbeit reden kann. Kollege Kohl schied im Herbst aus seinem Amt als Kassierer der Zahlstelle. Das Gebot der Sparlichkeit zwang uns, auf die Anstellung eines anderen Kassierers zu verzichten. Die weiterhin nicht geringe Arbeit wird von den verbleibenden beiden Angestellten mit einer Hilfskraft unter teilweiser Heranziehung ehrenamtlicher Funktionäre erledigt. Der Rückgang der Mitgliederzahl war, der Krise entsprechend, erheblich. Auf dem Arbeitsamt sind heute im Durchschnitt 1500 Mitglieder als arbeitslos gemeldet, davon allein 218 Buchbinder und 136 Buchbinderarbeiten.

Anschließend gab Kollege Mitschke einen Bericht über die Klassenverhältnisse, die trotz Not und Krise geordnet sind. Infolge unserer Beitragshöhe konnten die Unterstützungen restlos aufrechterhalten werden. Im letzten Jahre wurden — gedeckt durch Extrabeiträge — noch 10 700 Mk. an Ausgesteuerte gegeben. Letztere erhielten auch zu Weihnachten eine Extrazustückung, zu der die Buchbinderbranche 450,— Mk. aus alten Beständen zeichnete. Die Zahl der inaktiven Mitglieder steigerte sich nicht unerheblich, der lokale Zulauf an diese mußte etwas gesenkt werden. Um sich dem gesunkenen Mitgliederstand anzupassen und die Verwaltungskosten erheblich zu drücken, brachte die Verwaltung einen Antrag ein, die Zahl der Verwaltungsmitglieder einschließlich der Angestellten herabzusetzen. Eine gleiche Minderung erlaubten die einzelnen Branchenkommissionen. Der Antrag der Verwaltung wurde von der Versammlung angenommen und anschließend die Gesamtverwaltung neu gewählt.

Kollege Scheide hielt sodann einen Vortrag über unsere Tarife während der Notverordnung. Er betonte, daß unser Hauptaugenmerk auf die Erhaltung des Reallohnes zu richten sei und daß jeder einzelne in der Preisfestsetzung und Ueberwachungsfrage tätig mitarbeiten müsse. Er stellte fest, daß es zur Zeit gelte, die Schlagkraft des Verbandes zu erhalten, und warnte dabei vor dem Verlangen nach Beitragsenkung. Unsere künftigen Kämpfe werden wahrscheinlich unter großen Opfern ausgetragen werden müssen, darum gelte es heute, mehr denn je fest zusammenzustehen, die Säuglinge aufzurichten und hinein in die „Eiserne Front“. Die Ausführungen des Kollegen Scheide wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Die sich anschließende Aussprache bewegte sich in zustimmendem Sinne, bis auf die Entgleisungen eines R.D.-Anhängers, der während in die Schranken zurückzuweisen wurde. — Das inzwischen festgestellte Wahlergebnis brachte die Wiederwahl bewährter Kollegen. Den aus der Verwaltung ausgeschiedenen langjährigen Mitgliedern wurde für ihre Mitarbeit gedankt. Sie werden wieder gerufen werden, sobald es wieder aufwärtsgeht.

Duisburg-Hamborn. Am 31. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Bemerkenswert ist, daß der größte Teil der Versammlungsbesucher aus Arbeitslosen bestand, welche, trotzdem sie keinerlei Unterstützung mehr erhalten, die Kosten nicht scheuten, um aus Hamborn, Wilhelm (Ruhr) und Oberhausen zur Versammlung zu kommen.

Kollege Büstems eröffnete die Versammlung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeitslosen auch weiterhin so die Versammlung besuchen wie bisher. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß im verfloßenen Jahre sehr viele Verhandlungen mit den Arbeitgeberern notwendig waren, um den Mitgliedern die tariflichen Vorteile nach Möglichkeit zu belassen. Auch das Arbeitsgericht mußte öfters angerufen werden. Das Versammlungsleben war ein sehr reges. Das Jahr 1931 wird uns unergötzlich in der Geschichte der Arbeiterbewegung sein. Kollege Büstems vermahnte weiter auf die bittere Lage des Arbeitsmarktes mit seinen 6 Millionen Arbeitslosen. Aber trotz dieser erschreckenden Zahl seien die Arbeiter sich

noch immer nicht bewußt, an welchem Strick sie zu leben haben. Im Gegenteil, sie haben sich heute mehr denn je zerplittert zu ihrem eigenen Unglück. Aber noch ist uns nicht alles genommen und verloren. Im Jahre 1932 wird der Arbeiter beweisen müssen, wie weit er imstande ist, das Erzeugene noch zu erhalten. Zum Schluß seiner Ausführungen richtete Kollege Büstems an die Versammlung den Appell, in der Stunde der Gefahr unbedingt dem Ruf der Gewerkschaften zu folgen, da es gilt, noch vieles zu retten.

Aus dem Jahresstättenbericht war sehr deutlich zu erkennen, daß die Zahlstelle sehr stark durch die Krise zu leiden hat, denn es wurden 1931 erschreckend hohe Summen für Unterzählungen zur Auszahlung gebracht. Von 105 Mitgliedern am Jahreschluß sind 67 Proz. arbeitslos und 13 Proz. Kurzarbeiter, so daß nur 20 Proz. voll beschäftigt waren.

Anschließend gab Kollege Büstems den fälligen Vierteljahrsbericht, welcher daselbe traurige Bild zeigte. Anerkennen müsse man, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß ein wirklich starker Machtfaktor für uns Arbeiter bedeute, wodurch wir nicht so ohne weiteres an die Wand gedrückt werden können. Mehr denn je müssen die Arbeiter jetzt auf der Hut sein. Auf Antrag des 1. Revisors, Kollegen Kreis, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Bei der folgenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt, und zwar als 1. Vorstehender und Kassierer Kollege Büstems, 2. Vorstehender Kollege Jochmann, Schriftführer Kollege Rupp. Als Revisoren wurden die Kollegen Kreis und Jansen und als Beisitzer die Kollegen Weise und Bremer gewählt. Zum Kartelldelegierten wurden Büstems und Jochmann, zum Jugenddelegierten Schneider bestimmt.

Nachdem der Vorstand gewählt war, brachte Kollege Büstems einige Anträge zum kommenden Verbandstag zur Beratung, über welche sich eine sehr rege Debatte entspann.

Unter Verschiedenem wurde die Versammlungsfrage erörtert. Auch hier entspann sich eine rege Debatte mit dem Resultat, daß die Versammlungen nach wie vor jeden Monat stattfinden, weil gerade in dieser schweren Zeit diese doppelt notwendig seien. Auch wurde die Frage der Extrabeiträge besprochen, wozu Kollege Büstems erschöpfende Aufklärungen gab. Kollege Arhgen vom Reichsbanner kam dann auf die Eiserne Front zu sprechen.

Im Schlußwort gab Kollege Büstems der Hoffnung Ausdruck, daß in dieser Wirtschaftsmisere alle Kolleginnen und Kollegen unbedingt zusammenhalten müssen, indem sie treu zur Fahne stehen und sich bewußt sein müssen der Kämpfe, die uns noch bevorstehen.

Erlangen. Am 24. Januar fand unsere nur mäßig besuchte Generalversammlung statt, zu der auch Kollege Weinländer-Nürnberg als Referent über „Lohnabbau und Wirtschaftskrise“ anwesend war. Kollege Weinländer übermittelte den Anwesenden ein klares Bild, wie und in welchem Maßstabe sich die Wirtschaftskrise auswirkte und verwies dabei auf die letzte Verschärfung, die den Lohnabbau zur Folge hatte, der durch die Gewaltmaßnahmen der Regierung diktiert wurde. Kollege Weinländer stellte dem Lohnabbau den jetzigen Preisabbau gegenüber, worauf die völlige Unzulänglichkeit des letzteren deutlich ersichtlich wurde. Zum Schluß seiner Ausführungen ermahnte er die Mitglieder, die Geschlossenheit der Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten, um den Anstürmen unserer Gegner standhalten zu können. Verzewerung in dieser Krise würde unseren Untergang bedeuten.

Kollege Benzel erstattete anschließend den Geschäfts- und Jahresbericht. Er verwies dabei auf die vierzigstündige Woche und gab die umfangreiche Tätigkeit der Funktionäre im verfloßenen Jahr bekannt. Kollege Schmidt berichtete über den Kasienabschluß. Der Einnahme von 3159,23 Mk. steht eine Ausgabe von 1889,50 Mk. gegenüber. Unter „Verbandsangelegenheiten“ brachten die Kollegen Rath, Weiß, Hafensrichter, Pfisterer, Schubert und Benzel zum Ausdruck, daß man der Zeit entsprechend die Beiträge senken solle. Es ist Aufgabe des nächsten Verbandstages, sich hiermit zu befassen. Ferner kamen sie auf die Gehälter unserer Angestellten zu sprechen, worüber Kollege Weinländer ausführlich berichtete. Die Neuwahl der Verwaltung brachte die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre.

Rechenau. Am 28. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt, in der der Vorstehende, Kollege Schubert, den Jahresbericht erstattete. Er behandelte eingehend die letzten Lohnverhandlungen und die diktatorischen Lohnabbaumaßnahmen durch die Notverordnung. Unsere Kollegenarbeit war bis jetzt immer noch einigermaßen beschäftigt, doch jetzt zeigen sich nun auch bei uns die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Durch die vorgenommenen Wiederwahlen wurde der fetterigen Ortsverwaltung das volle Vertrauen ausgesprochen. In der Aussprache wurde verlangt, daß infolge der Lohnreduzierung auch der Ver-

bandsbeitrag herabgesetzt werden müsse, da sich eine große Unzufriedenheit bei den Mitgliedern der Zahlstelle bemerkbar macht. Nachdem noch einige dringliche Angelegenheiten besprochen worden waren, schloß der Vorstehende mit der Mahnung zum festen Zusammenschluß in den Gewerkschaften die Versammlung.

Plauen. In unserer am 30. Januar stattgefundenen, seitlich besuchten Generalversammlung erläuterte Kollege Dietrich den gedruckt vorliegenden Geschäfts- und Kasienbericht. Im vergangenen Jahre wurden 4259,40 Mk. an Arbeitslose, 608,50 Mk. an Kranke, 680,50 Mk. an Ausgesteuerte, 360 Mk. an Invalide und 126 Mk. an Hinterbliebene verstorbener Mitglieder ausgezahlt. Der Mitgliederbestand ist gegenüber dem Vorjahre um ein geringes zurückgegangen, was in der Hauptsache auf längere Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Die Arbeitslosigkeit ist erheblich gestiegen, und auch die Kurzarbeit ist mehr in die Erscheinung getreten. Beides wirkt sich stark in unregelmäßiger Beitragszahlung aus. Unsere Jugendgruppe beschäftigte sich an 44 Heimarbeiten mit Vorträgen, Lichtbildvorführungen, heiteren Veranstaltungen, Bastelstunden, Musik- und Wiederabenden. Ferner kam die Gruppe zu Radtouren, Beschäftigungen, Baden und Ballspielen zusammen.

Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Erster Vorstehender Viebig, zweiter Vorstehender Gruber, Revisoren Keil und Künzel, Unterkassierer Günther, Beisitzer für das Kartonnagenchiedsgericht Bach, Jugendleiter Sommer und Leiter der Bastelabende Fischer. Zum Schluß machte Kollege Viebig auf verschiedene Veranstaltungen aufmerksam und ermahnte die Mitglieder, auch in der jetzigen Krisenzeit der Organisation die Treue zu halten.

Reichenbach i. B. In unserer am 3. Februar stattgefundenen, gut besuchten Jahreshauptversammlung wurden nach Erledigung der Eingänge und Berichte als erster Vorstehender Kollege Walther, als zweiter Vorstehender Kollege Ehold und als Kassierer Kollege Dettel wiedergewählt. Schriftführer wurden die Kollegen Götzler und Raier, Beisitzer Kollege Schmeller und Kollegin Hummel. In das Graphische Kartell wurden die Kollegen Dettel, Heite und Böcher als Delegierte erwählt. Als Revisor fungieren die Kollegin Mosburner und Kollege Matheuen. Als Versammlungstag wurde der 1. Mittwoch im Monat bestimmt. Ferner wurde beschloßen, der Arbeiterwohlfahrt einen Betrag zu überweisen. Alle erwerbslosen Kollegen und Kolleginnen erhalten bei Versammlungsbesuch als Ersatz für Fahrtkosten eine kleine Entschädigung. Nach Kenntnisnahme einiger Mittelnahmen vom Ortsauschluß konnte die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Ausgeschlossen aus dem Verbandsverbande wurde in Grimma auf Grund des § 16 Ziffer 2b des Statuts der Hilfsarbeiter Richard Schöche, Buch-Nr. 208 853, geb. 10. März 1893 in Charlottenburg. Die Verwaltungsstellen werden ersucht, ihr Verzeichnis der Ausgeschlossenen entsprechend zu ergänzen.

2. Die Auslandslegitimation für Alois Grill, ausgestellt am 9. Februar 1932 in Berlin, ist beim Vorzeigen von den Verwaltungsstellen einzulegen und an den Verbandsvorstand einzusenden. Alois Grill ist nicht mehr Mitglied des Verbandes der Buchbinder und verwandter Berufe in der Tschechoslowakei, Sitz Prag.

*

Abrechnungen

vom vierten Quartal 1931 gingen weiter bis zum 16. Februar bei der Verbandskasse ein: Gießen-Bekhar 323,05 Mk. = Gotha —, — Mk. = Troffingen —, — Mk., Ulm 200,— Mk.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen aus den Zahlstellen: Gau Nordhessen, Kassel. = Ostfriesland. = Gau Rheinland-Westfalen. = Hanau, Marburg. = Ebersbach-Neugersdorf, Großschalk, Zwickau.

*

Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.
Jlensburg. B. und K.: R. Ahrens, Brückstr. 7, III.
Auszahlung Werttags von 18 bis 19 Uhr.
Osterried-Harz: B. und K.: D. Dehan, Wallstr. 18.
Der Verbandsvorstand.